

wenig getan ist. Die Rechtssozialisten sind durchaus in der Lage, die Regierung zur Aenderung ihrer Haltung zu zwingen. Sie sind für die Existenz dieser Regierung durchaus mitverantwortlich.

Die Regierung betreibt jetzt Ordesch-Politik. Die rechtssozialistische Partei steht vor der Entscheidung, ob sie ein Ministerium, das unter die Diktatur der Ordesch geraten ist, noch länger unterstützen will.

Stinnes und Brüssel

Wir haben schon mehrfach über die Einflüsse gesprochen, die Herr Hugo Stinnes bei der Wahl der Sachverständigen für die Brüsseler Konferenz geltend gemacht hat. Die ursprünglich aus-ersehenen beiden Großindustriellen Generaldirektor Bögl und Dr. von Siemens sollen auf seinen Wink die ihnen angetragenen Mandate nicht übernommen haben. Jetzt kommt auch das „Berliner Tageblatt“ auf diese Angelegenheit zu sprechen. Nachdem Theodor Wolff schon in seinem Montagsartikel gewisse Andeutungen gemacht hatte, zitiert das Blatt nun eine Mitteilung des Pariser „Matin“, nach der der Rücktritt der beiden genannten Personen damit zusammenhänge, daß der Potential der westfälischen Industrie die Verhandlungen in Brüssel scheitern zu sehen wünsche.

Das „Berliner Tageblatt“ möchte gern näheren Aufschluß darüber haben, ob es wahr sei, daß Herr Stinnes die Brüsseler Konferenz sabotieren wolle, wie er die Konferenz von Spa sabotieren wollte, wo er die Befehung des Ruhrgebietes vorzog. Es nimmt dabei auf eine frühere Erklärung des Herrn Stinnes Bezug, die dahin gelaute habe, man müsse die Eisentruppen im August ins Ruhrgebiet einmarschieren lassen, weil sie sonst bestimmt (!) im November kommen würden, was für Deutschland weit schlimmer sei.

Den Wunsch des demokratischen Organs nach höheren Aufschlüssen unterstützen wir. Aber wir können doch die Frage nicht ganz unterdrücken, warum sich das „Berliner Tageblatt“ nicht bei seinem Parteifreund, dem demokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. von Siemens erkundigt? Hat es Grund, zu zweifeln, daß dieser den ihm parteipolitisch nahestehenden Kreisen reinen Wein über seine Abhängigkeit von den Ansichten des Herrn Stinnes einschenken wird? Es wird doch wohl nicht annehmen, daß Herr von Siemens, der Demokrat, etwa in politische Abhängigkeit von Herrn Stinnes geraten ist, weil die Siemens-Schneider-Gesellschaft von der Rhein-Elbe-Union des Herrn Stinnes verschluckt worden ist.

Die Notensflut

Neue deutsche Wirtnote

Die deutsche Regierung, sonst herzlich unproduktiv im Beschreiben neuer Wege in der inneren Politik, beweist in den letzten Wochen eine erstaunliche Produktivität im Notenwechsel mit der Entente. Zumeist handelt es sich bei den Noten der deutschen Regierung um Wirtnote an die Entente, die verlangte Entwertung in irgendeiner Form zu mildern oder die famose Ordesch, wenigstens für Bayern und Ostpreußen, behalten zu dürfen.

Die neueste Note der Reichsregierung ist an die Vorkonferenz gerichtet und protestiert gegen die Entscheidung der Interalliierten Kontrollkommission in der Frage der Ausrüstung der deutschen Festungen mit Artillerie. Die Entscheidung der Kommission, wird in der Note gesagt, stehe nicht im Einklang mit den Bestimmungen des Friedensvertrages. Der Friedensvertrag billige Deutschland die Erhaltung der bestmöglichen Werke an seiner Süd- und Ostgrenze in dem Zustande vom 10. Januar 1920 zu mit den Geschützen, die an diesem Tage die Befestigung bildeten. Nach der Entscheidung der Kontrollkommission würden aber von den 14 Festungen an der Süd- und Ostgrenze Deutschlands 11 ihrer Geschütze beraubt und damit tatsächlich aus der Reihe der Festungen gestrichen werden. Von den übrigen drei festen Plätzen sei nur für Schweinmünde die beantragte Zahl von Geschützen zugelassen. Für Villaau würden statt 75 nur 35 Kanonen bewilligt, und Königsberg solle nur etwa 20 schwere Geschütze behalten. Königsberg sei die größte und wichtigste von allen Festungen. Es liege auf der Hand, daß sie mit einer so geringen Geschützausrüstung wehrlos sein würde. Trotz eindringlicher Vorstellungen habe sich die Vorkonferenz nicht zur Entscheidung der Kontrollkommission angeschlossen, und die Kommission habe die Auslieferung der hierauf für überzählig geltenden Geschütze verlangt.

Die deutsche Regierung gesteht zwar resigniert, daß sie sich der Entscheidung der Alliierten beugen müsse, legt aber gegen die Verletzung des Vertrages nachdrücklich Verwahrung ein.

Und nun folgt die übliche, schon fast unermüdliche Zitierung der russischen Gefahr im Osten, die es zwingend mache, daß nicht die letzte Möglichkeit beiseite gelassen werde, einem eindringenden Gegner Widerstand zu leisten. Darauf die inständige Bitte, doch wenigstens Königsberg, Küstrin und die Feste Boyen nicht sofort entlassen zu lassen.

Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, wir kennen auch die Herren Verfasser. Um die letzten Reste des Militarismus retten zu können, wird die russische Gefahr herangeholt. Das ist das letzte Druckmittel, das der deutschen Regierung zur Verfügung steht. Nur schade, daß es schon reichlich abgenutzt und in seiner Wirksamkeit stark beeinträchtigt ist.

Im Gefängnis gemordet!

Ein Gegenstück zum Fall Kessel

Vor einiger Zeit wurde der Rechtsanwalt Lamp aus Elberfeld, einer der Verteidiger im Weihenstephaner Kommunistenprozess, wegen seiner sozialistischen Gesinnung aus dem Anwaltsstande ausgestoßen, ins Gefängnis gesperrt, dann entmündigt und schließlich in eine Heilanstalt zur Beobachtung seines Geisteszustandes gebracht. Von dort aus schrieb er an seine Freunde, daß er vollkommen zurechnungsfähig und nur der Rache seiner politischen Feinde zum Opfer gefallen sei. Um seine Freilassung zu erzwingen, werde er in den Hungerstreik eintreten. Nunmehr wird gemeldet, daß Lamp nach vierzehntägigem Hungerstreik am zweiten Weihnachtstag in der Heilanstalt gestorben ist.

Als vor kurzem in Irland einige Sinnfeiner dem Hungerstreik zum Opfer gefallen waren, wurden sie in der deutschen bürgerlichen Presse als nationale Helden gefeiert; die englische Regierung bezichtigte man der schamlosesten Brutalität, weil sie gelassen zugehört hatte, wie die gefangenen Rebellen im Gefängnis verhungerten. In Irland bestet

immerhin Kriegszustand, und zwischen den Sinnfeinern und der englischen Regierung wird mit der größten Erbitterung gekämpft. Der Rechtsanwalt Lamp aber hat nichts gegen die Regierung unternommen; wir wüßten nicht, welcher Gewaltakte sich diese von ihm zu versehen hatte.

Unerhört ist es also selbst vom Standpunkt einer bürgerlichen Regierung, daß man diesen Mann in der Heilanstalt hat verhungern lassen. Es ist nichts anderes als ein kalter Mord, der hier begangen worden ist. Die deutsche Justiz ist um ein neues Schandblatt vermehrt worden. Die „Erschießung auf der Flucht“ wird ergänzt dadurch, daß man den politisch Unbequemeren erst einsperrt, ihn hungerstreiken und schließlich seelenruhig verhungern läßt.

Der Fall Lamp ist ein würdiges Gegenstück zum Fall Kessel. Der Hauptmann Kessel stand unter der Anklage des Meineids. Von hilfsbereiten Ärzten erhielt er Krankheitsatteste, durch die das Strafverfahren immer wieder hinausgeschoben wurde, was ihn aber nicht hinderte, den Rapp-Busch mitzumachen, und schließlich wurde er amnestiert. Den Rechtsanwalt Lamp dagegen sperrt man ins Gefängnis und in die Heilanstalt und läßt ihn schließlich am Hungerstreik zugrunde gehen.

Wie lange will das deutsche Volk solche Schande noch ertragen?

Der Amnestie-Skandal

Die Justiz kann auch anders

Gleichzeitig mit der skandalösen Anwendung des Amnestiegesetzes auf den Hauptmann v. Kessel wird folgende Entscheidung des Reichsgerichts bekannt:

Der Tapezierer Karl Kühmeyer war an der Befehung des M. T. B. während der Berliner Januar-Kämpfe beteiligt. Durch Urteil des Landgerichts I in Berlin vom 24. Juni 1920 wurde er wegen Aufrührs und Landfriedensbruch zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte der Verteidiger Kühmeyers, Genosse Dr. Siegfried Weinberg, Revision eingelegt. Er hatte ferner nach Erlass des Amnestiegesetzes die Einstellung des Verfahrens beim Reichsgericht beantragt, weil die angebliche Straftat Kühmeyers unter die Amnestie falle. Hierauf ist jetzt dem Genossen Dr. Weinberg folgender Bescheid des 2. Strafsenats des Reichsgerichts zugegangen:

„Dem Antrag des Verteidigers auf Einstellung des Verfahrens aus Grund des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 4. 8. 20 konnte nicht stattgegeben werden. Dahingestellt bleiben kann, ob zur Zeit der Befehung der hier in Frage stehenden Tat — im Januar 1919 — eine Verfassung bereits bestand, welche der Gegenstand eines höherrichterlichen Angriffs im Sinne des § 81 Abs. 1 Nr. 2 St.G.B. sein konnte. Auch wenn diese Frage bejaht wird, fehlt es an einem beweiskräftigen Anhalt dafür, daß die Berliner Unruhen im Januar 1919, welche durch die Absetzung des Polizeipräsidenten Eichhorn veranlaßt waren, die republikanische Staatsform als solche beseitigten und nicht vielmehr einen Wechsel in der Person der damaligen Inhaber der Regierungsgewalt herbeiführen wollten. Die Straftat des Angeklagten steht daher mit einem höherrichterlichen Unternehmen gegen das Reich in keinem Zusammenhang.“

Diese Entscheidung ist geeignet, die Anwendung des Amnestiegesetzes für die Arbeiterkämpfe völlig auszuschalten. Es wird zu einem reinen Schachspiel für die reaktionären Hochverräter, Hochverräter und Weinschmeißer umgewandelt. Die Kämpfe der Berliner Arbeiter im Januar 1919 waren keine hochverräterischen. Die kämpfenden Arbeiter fallen deshalb nicht unter das Amnestiegesetz. Die Straftaten der Reaktionäre gegenüber diesen Kämpfern dienen jedoch der Abwehr eines — nach der obigen Entscheidung des Reichsgerichts gar nicht vorhandenen! — hochverräterischen Unternehmens und sind deshalb nicht zu bestrafen. Eine famose Justiz, die mit derartigen Auslegungskünften arbeitet!

Ein Festtag für Patrioten

Am 18. Januar 1921 sind es fünfzig Jahre her, daß der erste Wilhelm sich in Versailles, umgeben von seinen Paladinen, umdrängt von Fürstlichkeiten und Generalen, zum deutschen Kaiser machen ließ. Es hängen in den Museen gewaltige Schichten, auf denen man noch heute die Heidenhähne von anno damals bemundern kann: Bismarck und Moltke, Friedrich III., den Liebling aller männerstolzen Liberalen, den bayerischen Herrschersproß und alle die andern großen und kleinen Zeitgenossen, die bei dieser Gelegenheit dabei sein mußten. Die Revolution von oben war vollendet; für das deutsche Bürgertum war der Weg zur wirtschaftlichen Macht freigelegt, zugleich aber hatte es politisch an Militarismus und Junkertum abgebankt.

Dieses historischen Augenblicks soll nicht vergessen werden. Die Regierung will zwar keinen staatlich anerkannten Feiertag daraus machen, sie erachtet es aber, wie sie mittlerweile läßt, als wünschenswert, daß an diesem Tage in den Schulen der Einigung der deutschen Stämme durch die Gründung des Reiches und seines nunmehr fünfzigjährigen Bestandes in angemessener Weise gedacht werde. In einem Rundschreiben an die Landesregierungen spricht der Reichsminister des Innern die Bitte aus, in dieser Richtung alsbald das weitere voranzutreiben zu wollen.“

Die Herren Oberlehrer werden sich die Gelegenheit sicher nicht entgehen lassen, der Verlichten Hohenjollerzeiten zu gedenken und die Jugend zu ermahnen, für die Wiederherstellung der Monarchie Sorge zu tragen. Für die Regierung einer „demokratischen Republik“ ist es aber eine Schande, daß sie unter einer „nationalen“ Parole den Demantel schafft, hinter dem eine Politik der Revanche und der nationalistischen Verhegung getrieben werden wird!

Der sächsische Bergarbeiterstreik

Ver spätete Parolen

Es ist mehrfach ausgesprochen und von uns auch erwähnt worden, daß die Kommunisten mit ihren Weltrevolutionärs-Parolen, die sie bei jeder Gelegenheit, und sei es ein Betriebsstreik, auszugeben pflegen, fast regelmäßig dann hervortreten, wenn die Bewegung zu Ende ist. Auch beim jüngsten Streik der sächsischen Bergarbeiter ist ihnen das gleiche Schicksal widerfahren. Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ berichtet jetzt über den Ausgang des sächsischen Streiks folgendes:

Von Instabilitäts Seite wird in dieser Woche an die Bergarbeiter die Aufforderung gerichtet, ihre Solidarität mit den streikenden sächsischen Bergleuten dadurch zu bekunden, daß sie die Unbesetzten einstellen. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß der Bergarbeiterverband es verabsäumt habe, die Bergarbeiterkraft ganz Deutschlands zur Aktion aufzurufen. Diese Aufforderung wird in dem Augenblick ins Land geschickt, wo die Arbeit im sächsischen Bergbau bereits wieder aufgenommen ist. Selbstverständlich haben die an dem sächsischen Bergarbeiterstreik beteiligten Bergarbeiterverbände gleich alles versucht, um zu Verhandlungen zu kommen und so den

Streik in befriedigender Weise zu beenden. Da die Lage einst äußerst schwierige war, so konnte eine Verständigung mit den Unternehmern nicht erzielt werden, und es hat dann am 18. Dezember im Arbeitsministerium in Berlin ein Schiedsgericht stattgefunden, welches einen bereits von uns veröffentlichten Schiedsspruch fällt.

Dieser Schiedsspruch ist in einer Konferenz der Vertrauensleute und Betriebsräte der drei sächsischen Steinkohlenreviere am Sonntag, den 19. Dezember, vorgelegt und über die Verhandlungen berichtet worden. Nach eingehender Debatte hat die von mehreren hundert Vertretern besuchte Konferenz mit einer gegen 11 Stimmen den Schiedsspruch angenommen, und ist am 20. die Arbeit im sächsischen Bergbau wieder aufgenommen worden.

Der Parteitag in Tours

Tours, 28. Dezember.

In der gestrigen Nachmittagsitzung des sozialistischen Parteitages sprach der Deputierte Blum für die rechtsstehenden Sozialisten. Er erklärte, auch er sei ein Anhänger der Diktatur des Proletariats. Wenn man die Diktatur einer Partei und einer Klasse annehmen könne, so bedeute das noch lange nicht, daß man die Diktatur einer Gruppe von Individuen erdulden wolle; man wolle nur die zeitweise Diktatur annehmen, damit das Proletariat die Möglichkeit habe, sich zu organisieren. Die Anhänger von Moskau aber seien für ein dauerndes derartiges System, weil sie den Terrorismus als ständiges Mittel annehmen wollten. Seine Anhänger seien der Ansicht, daß man alles unterstützen müsse, was neue Konstitutionen zu verbessern geeignet sei. Sie seien also Anhänger der nationalen Verleumdung, die durchaus nicht unvereinbar sei mit dem sozialistischen Gewissen. Jetzt handle es sich nicht mehr um die Disziplin, die Sache sei angesichts der neuen Lage zu einer Gewissensfrage geworden. Jetzt müsse man frei bekennen, ob man die Dritte Internationale annehmen könne oder nicht; er könne es nicht. Blum verlangte, man solle sich, bevor man sich trenne, das Wort geben, sich in Zukunft nicht wie Feinde zu behandeln, die sich bekämpfen und beschimpfen müßten, sondern wie Freunde, die augenblicklich voneinander getrennt seien, die aber vielleicht eines Tages wieder ein gemeinsames Heim miteinander gründen könnten.

Nach Blum sprach Kappaport für den Anschluß an Moskau.

Komplikationen im Kaukasus

Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel rückt die zweite bolschewistische Armee gegen Georgien vor. An der Grenze werden starke bolschewistische Streitkräfte zusammengezogen.

Krieg um Fiume

D'Annunzios hartnäckiger Widerstand gegen die Anerkennung des Vertrages von Rapallo hat nun, was längst vorauszusehen war, die italienische Regierung veranlaßt, mit kriegerischen Mitteln gegen den Felden von Fiume vorzugehen. Seit den Weihnachtstagen ist der Kampf im Gange, in dessen Verlauf es den Regierungstruppen gelungen ist, bis in die Stadt selbst vorzudringen. Bis jetzt zählen die Verluste der regulären Truppen etwa 30 Tote und 100 Verwundete. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen hat d'Annunzio den ungleichen Kampf noch nicht aufgegeben.

Im übrigen Italien, besonders in Rom, verfolgt man die Ereignisse in Fiume mit größter Spannung. In der Stadtratsversammlung in Rom gab der Bürgermeister der besorgten Stimmung der Bevölkerung infolge der Ereignisse bei Triest Ausdruck und schloß vor, die Sitzung zum Zeichen der Trauer aufzuheben und auf dem Kapitol die Trauerfahne zu hissen; sein Antrag wurde unter lauten Kundgebungen aus der Versammlung und von den Tribünen angenommen.

Galotti hat den Vertretern verschiedener Kammergruppen die über die Lage in Fiume Auskunft erbat, erklärt, er habe befohlen, Blutvergießen möglichst zu vermeiden; er bestritt auch, daß Artillerie auf Privathäuser geschossen hätte. Er legte dar, man müsse das Vorgehen gegen Fiume beschleunigen, um einem Einschleichen von Ausländern vorzuzukommen. Die Abgeordneten erklärten nach dieser Unterredung, sie hielten das Vorgehen der Regierung für gerechtfertigt.

Ratifikation des deutsch-holländischen Abkommens. Am Montag hat im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten in Haag die Ratifikation des zwischen den Niederlanden und Deutschland abgeschlossenen Abkommens betreffend die Gewährung von Krediten und die Ausfuhr von Kohlen stattgefunden.

Die Winaer Abstimmung. Wir berichteten gestern über die Maßnahmen des Völkerverbundes hinsichtlich der Volksabstimmung im strittigen Winaer Gebiet. Nunmehr verbreitet der „Österreich“ zwei Noten des Völkerverbundes an Baderowski und an den litauischen Vertreter, in der Polen befragt wird, ob er genügend Macht über Bzelgowski besitze, um die Durchführung der Abstimmung des Völkerverbundes zu veranlassen. Der Völkerverbund erinnert Polen daran, daß es in dieser Frage nach nicht Stellung genommen habe und weder darauf hin, daß er niemals ein Plebiszit gutheißen könne, dessen Bedingungen nicht beiden Parteien genügende Garantien für die gerechte Abstimmung geben. Nach dem übrigen Inhalt der Noten scheint das internationale Abstimmungskommando doch aufrechterhalten zu werden.

Bevorstehende Ratifikation des finnisch-russischen Friedens. Die finnische Abordnung zum Austausch der Friedensratifikationen zwischen Finnland und Rußland ist nach Moskau abgereist.

Annullierung der russischen Kufraße in Amerika. Die Sowjetregierung hat die 10 Millionen in Amerika untergebrachten Kufraße im Betrage von 55 Millionen Dollar wegen der Ausweisung ihrer Vertreter von Martens annulliert.

Hungerstreik in Rumänien. Siebzig Sozialisten, welche wegen des Attentats auf den rumänischen Senat in der Festung Jilava interniert sind, haben den Hungerstreik erklärt.

Eine englische Arbeiterabordnung in der Tschechoslowakei. Wie das „Pravo Lidu“ meldet, trifft am 5. Januar unter Führung des bekannten englischen Eisenbahnerführers J. H. Thomas eine Arbeiterabordnung aus England in Prag ein, um die sozialen Verhältnisse in der tschechischen Republik zu studieren. An der Reise beteiligten sich Arthur Henderson, Macdonald, W. D. Adams, Führer der Arbeiterpartei im Parlament, J. R. Cignes und Albert Mansbridge, Vorsitzender der Workers Association for Adult Education.

Englische Finanzkommission. „Daily Mail“ meldet, daß Lord George die Präsidenschaft der Finanzkommission, welche sich im Schoße des Ministerrats gebildet hat, angenommen hat. Der Blatt fügt hinzu, daß die von den Ministern des Krieges und der Marine eingereichten Vorschläge beanstandet wurden und mit dem Bemerkten, sie auf die Hälfte zu reduzieren.

Abgebliebene Regierungskräfte in Georgien. Wie von der Gesandtschaft der Georgischen Republik mitgeteilt wird, entbehren die Kreisgerichte über die Georgische Regierung der Grundlage. Mitglieder der Regierung mit Ausnahme des Landwirtschaftsministers, der aus persönlichen Gründen seinen Posten verläßt, hat verbleiben auf ihren Posten. Unverändert bleibt auch die Politik der Regierung.

Die Eisenbahnerbewegung

Die Wirkung des Antistreikerlasses

Wie die „Dena“ aus Essen mitteilt, wurde in einer gestern abend abgehaltenen Vollversammlung der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner bekannt, daß weitere Verhandlungen zwischen der Regierung und den Eisenbahnerorganisationen zwecklos seien. Als letzte Antwort wurde der sofortige Streik gefordert. Es wurde mitgeteilt, daß die Eisenbahnerorganisationen jetzt dazu übergegangen seien, durch einen Zusammenschluß eine Einheitsfront zu bilden, und diese sichere den Erfolg eines Streiks. Angesichts der bedrohlichen Lage hat, wie die „Dena“ weiter erzählt, der Eisenbahnminister an die Direktionspräsidenten einen Erlaß gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß der Streik unvereinbar sei mit der Stellung der Beamten, und daß eine Streikaktion unter allen Umständen aus den Eisenbahnbetrieben fernzuhalten sei. Der Eisenbahndirektionspräsident von Essen hat den Erlaß auf allen Dienststellen bekanntgegeben. Die Redner erklärten, daß sie ohne Rücksicht auf die Anweisungen des Eisenbahnministers ihre Bestrebungen fortsetzen werden. Es wurde beschlossen, daß in den drei nächsten Tagen im ganzen Bezirk eine geheime Urabstimmung stattfinden soll, in der die Eisenbahner selbst über den Streik zu entscheiden haben. Schließlich wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird:

Die Vollversammlung der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner und der in einer Arbeitsgemeinschaft mit ihr vereinigten sonstigen Beamten und Arbeiter der Eisenbahn verspricht, alle gewerkschaftlichen Forderungen zu erfüllen und dem Ruf zur Anwendung der letzten gewerkschaftlichen Mittel, wenn notwendig, gewissenhaft und pünktlich Folge zu leisten.

Wir haben bereits in unserer gestrigen Morgen-Ausgabe das Nötige zu dem Erlaß des Reichsverkehrsministers gesagt. Die Wirkung zeigt sich, wie nicht anders zu erwarten war. Die Eisenbahnbeamten und -arbeiter werden sich durch die Drohungen des Reichsverkehrsministers nicht einschüchtern lassen, für sich dieselben Rechte in Anspruch zu nehmen, die jedem anderen Beamten und Arbeiter zustehen. Auch aus anderen Bezirken wird die allgemeine Erregung über den Erlaß des Reichsverkehrsministers gemeldet. Die Stimmung in den Kreisen des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird in einer Mitteilung eines Vorstandsmitgliedes des Verbandes wie folgt geschildert:

Der Deutsche Eisenbahnerverband verurteilt den Streik-erlaß des Reichsverkehrsministers schon aus rein gewerkschaftlichen Gründen, da der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, dem auch der Deutsche Eisenbahnerverband angehört, keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß er für alle Beamtenkategorien, also auch für die Eisenbahner und Postbeamten, das Streikrecht gewahrt wissen will. Diesen Standpunkt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat seinerzeit auch der jetzt verstorbene Führer der deutschen Gewerkschaften, Legien, in einer vor einigen Jahren gehaltenen Rede genau formuliert. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat auch darin bewiesen, daß er für die Ausübung des Koalitionsrechts der Beamtenschaft ist, daß er die Beamtenverbände seinerzeit eingeladen hat, sich dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund anzuschließen. Was aber den Deutschen Eisenbahnerverband besonders betrifft, so ist er schon deshalb für das Streikrecht der Eisenbahnerbeamtenschaft, weil es sich hier um eine grundsätzliche Frage der Arbeiterbewegung handelt. Nach einer Entscheidung des Streikrechtes der Beamtenschaft wäre es nicht ausgeschlossen, daß die Regierung nach diesem Erfolg daran gehen könnte, auch die Rechte der Arbeiterbeamtenschaft zu verkümmern. Sollte deshalb die Beamtenschaft zur Erlämpfung des Streikrechtes evtl. in den Streik treten, so ist es zweifellos, daß die Eisenbahner-Beamtenschaft sich mit dem Vorgehen der Eisenbahner-Beamtenschaft solidarisch erklären, also ebenfalls zur Unterstützung dieser Forderung der Eisenbahnerbeamtenschaft in den Streik treten wird. Aber abgesehen von dieser rechtlichen Seite des Streikerlasses sei er auch aus tatsächlichen Gründen verfehlt, da die Eisenbahnerorganisationen vor den Verhandlungen mit der Regierung über die Lohn- und Gehaltsfrage stehen und das jegliche Bekanntwerden des Streikerlasses geeignet sei, einen ruhigen Verlauf der Verhandlungen in Frage zu stellen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ fühlt sich bemüht, gegen die „Freiheit“ sowie gegen den „Vorwärts“ zu pole-

misieren, weil sie dem Erlaß des Reichsverkehrsministers die richtige Deutung gegeben haben. Das Stinnesblatt weiß indes nichts anderes zu sagen, als daß es sich auf die alte Mär von den kommunistischen Drahtziehern zurückzieht, gegen die allein der Erlaß gerichtet sei. Wie hinsichtlich dieser Behauptung ist, zeigt die Tatsache, daß in dem Gebrauch des Streiks als Kampfmittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage die großen Organisationen der Eisenbahnbeamten und -arbeiter geschlossen zusammenstehen.

Für den Geist, der so manchen Mann im Eisenbahnbetriebe erfüllt, ist ein Aufruf kennzeichnend, den der Eisenbahndirektionspräsident in Erfurt erlassen hat. In diesem Aufruf heißt es, daß es für die Beamten kein Recht zum Streik gibt. Ja, der Herr geht so weit, daß er zur beabsichtigten Urabstimmung sagt:

Jeder Beamte, der auf dem Boden des Gesetzes steht, ist verpflichtet, sein Stimmrecht auszuüben und gegen den Streik zu stimmen, wenn die ein geschwindiges Ziel verfolgende Urabstimmung wirklich zustande kommt.

Das ist so ziemlich der Höhepunkt der Unverstehenheit. Viel Glück wird der Herr Präsident mit seinen Beschwörungen nicht haben. Auch nicht, wenn er am Schluß seines Aufrufes pathetisch verkündet:

„Eine Beamtenschaft, die für sich ein Recht zum Streik in Anspruch nimmt, untergräbt damit die gesetzliche Sonderstellung der Beamten gegenüber den Arbeitern und muß damit rechnen, daß sie die bisherigen Beamtendorrechte (gesetzlich festgelegtes Gehalt, lebenslängliche Anstellung, Pension, Hinterbliebenenfürsorge usw.) in Zukunft verliert.“

Die Hinweise auf die geforderten Interessen der Beamten gegenüber den Arbeitern ziehen nicht mehr. Den Beamten tut augenblickliche Hilfe nicht und die Notwendigkeit zwingt sie an die Seite der Arbeiter. Das ganze Gerede von der Sonderstellung der Beamten, die ihm den Streik verbietet, ist nichts als eine lügenhafte Aufwärmung altpreussischer Auffassungen und nach modernen Begriffen völlig haltlos.

Die Regierung und die Eisenbahner

Am gestrigen Dienstag nachmittag trat im Reichstag der aus den Vertretern der Eisenbahner-Großorganisationen gebildete Sechshener-Ausschuß zusammen, der zu der augenblicklichen Lage und besonders zu dem Streikerlaß des Reichsverkehrsministers Größer Stellung nahm. Die Verhandlungen über den Streikerlaß zogen sich bis gegen 6 Uhr nachmittags hin. Man einigte sich schließlich dahin, am Mittwoch morgen die Stellungnahme des Ausschusses zu formulieren und diese Erklärung Minister Gröner zu übermitteln.

Inzwischen hatten Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Beamtenschaftsbund stattgefunden, und das Finanzministerium erklärte sich bereit, die Forderungen und Wünsche der Eisenbahner dem Reichsgutachterauschuß zu überweisen, in dem Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Beamtenschaftsbundes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes sitzen. Des Reichsgutachterauschuß wird voraussichtlich am 3. oder 4. Januar in Berlin zusammenzutreten und das gesamte vorliegende Material prüfen. — Im Reichsgutachterauschuß werden, entsprechend seiner Zusammenstellung jedoch nur alle die Eisenbahnbeamten angehenden Fragen erörtert werden. Die Wünsche der Arbeiter werden bereits in den am heutigen Mittwoch beginnenden Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium ihre Erledigung finden.

Die Beamtenforderungen

Wie offiziös mitgeteilt wird, hat die Reichsfinanzverwaltung Anordnung getroffen, daß die nächste Gehaltszahlung an die Beamten nicht erst Anfang Februar, sondern bereits vom 20. Januar ab erfolgt, damit nicht mehr als etwa ein Monat seit der vor Weihnachten erfolgten Zahlung des Januargehalts verstrichen ist.

Wegen der von den Organisationen der Reichsbeamten und Reichsarbeiter gestellten neuen Forderungen soll unverzüglich nach Neujahr im Reichsfinanzministerium vor Eintritt in Verhandlungen eine Aussprache über die Gesamtsituation mit Vertretern der beteiligten Kreise stattfinden. Sonst verbreitete Nachrichten über angebliche Beschlüsse der Staatssekretäre der Reichsministerien entbehren der Begründung.

Den Völkern kennt man kaum, niemand weiß, wie lange er der Partei angehört.

Zu einer Zeit, als unser Genosse W. Bod unter den schwersten Gefahren, unter dem furchtbarsten Druck des Belagerungszustandes trotz seiner 70 Jahre unerschrocken die Gegner der verruchten Kriegspolitik sammelte und eine energische Propaganda gegen die Kriegsverbrecher für den revolutionären Sozialismus betrieb, da war der „Revolutionär“ Hans Müller, der Sekretär der Vereinigten Kommunisten, kaiserlicher Feldwebel und betätigte sich als Rekrutenschein. Das ihm für seine militärischen Verdienste verliehene Eiserne Kreuz 1. Klasse trug der „Revolutionär“ Müller stolz auf seiner Brust. Und solche Helden, die in ihrem Leben noch nichts geleistet haben, die es bisher nur vermochten, die Arbeiterbewegung zu spalten und zu schwächen, die erdrückten sich, unseren Genossen Bod als Verräter zu verleumden?

Dieser Vorwurf fällt auf seine Urheber zurück. Freilich, zu wundern braucht man sich über solche Dinge nicht mehr. Die Kommunisten handeln damit nur getreu der Weisung ihres Meisters Lenin, wenn sie im politischen Kampf Lüge, Verleumdung, Verschweigung der Wahrheit als Waffen benutzen.

Genosse Bod wird es leicht verschmerzen, daß sein Bild aus dem Hause entfernt wird, das erst durch seine tatkräftige Hilfe und Unterstützung Heim der Arbeiterbewegung wurde. Für das Treiben der Vereinigten Kommunisten wird jeder anständige Mensch nur ein kräftiges „Pui Teufel“ haben.

Aus der Wirtschaft

Neue Erweiterung des Stumm-Konzerns

Der Vertriebsprozess in der Montan- und Schwermetallindustrie schien vor einigen Wochen zum Stillstand gekommen zu sein, aber es war nur eine Atempause vor neuen Taten. Die Gebroder Stumm, die mit den Millionen, die sie aus der teilweise Abstoßung ihrer sozialistischen Unternehmungen erzielt hatten, innerhalb kurzer Zeit einen großen Trakt ausbauen, haben ihrem Konzern ein weiteres Aktienunternehmen der Schwermetallindustrie angegliedert, das Eisenwerk Kraft, in dem sie sich durch Aktienwerb „maßgebenden Einfluß“ erworben haben. Die Arbeiter des Eisenwerkes aber haben das angenehme Gefühl, statt

von einem ausländischen wieder von einem inländischen Unternehmer ausgebeutet zu werden; denn die Aktienmehrheit des Eisenwerkes Kraft war seit Sommer dieses Jahres im Besitz der Rotterdamer Firma William Müller u. Co.

Zusammenschluß der Hypothekendarlehenbanken

Während sich auf dem Gebiete der Kreditbanken eine stürmische Konzentrationsbewegung vollzieht, folgten die Hypothekendarlehenbanken bisher dem Zug der Zeit, schon deshalb, weil gesetzliche und technische Hindernisse den Zusammenschluß erschweren. Aus diesem Grunde ist auch bei der letzten großen Bankverschmelzung, die kürzlich vollzogen wurde, vereinbart worden, daß nur die Kreditabteilungen der beiden Banken — es handelt sich um die Bayerische Vereinsbank, die über ein Kapital von 72 Millionen M. verfügt, und die Bayerische Handelsbank, die mit einem Eigenkapital von 44,5 Millionen M. arbeitet — vereinigt werden, während die Hypothekendarlehenabteilungen, die 511 bzw. 445 Millionen M. Pfandbriefe im Umlauf haben, getrennt bleiben.

Nun aber beginnen auch reine Hypothekendarlehenbanken von der Konzentrationsbewegung erfaßt zu werden. Zwei mitteldeutsche Hypothekendarlehenbanken verschmelzen sich jetzt, und zwar die Deutsche Grundkreditbank in Gotha, deren Kapital 18 Millionen M. und deren Hypothekendarlehen 332 Millionen M. betragen, und die Schwarzburgische Hypothekendarlehenbank mit einem Kapital von 5 Millionen M. und 60,18 Millionen M. Hypothekendarlehen. Die Deutsche Grundkreditbank wird zu diesem Zweck ihr Kapital um 4 1/2 Millionen M. erhöhen. Ferner vereinigen sich die Bank für Grundbesitz in Leipzig (7 Millionen M. Kapital) und die Leipziger Immobilienbank (5 Millionen M. Kapital). Die Kommerz- und Privatbank in Magdeburg übernimmt die erst vor einem Jahre gegründete Westfälische Bank in Buer und wandelt sie in eine Filiale um.

Arbeiterentlassungen im Ledergerberberuf

Am 15. August 1919 wurde die Zwangsbewirtschaftung für Häute, Leder und Schuhwerk aufgehoben. Die Preise schnitten sofort geradezu wahnwitzig in die Höhe, und der Kapitalismus in der Lederindustrie feierte Orgie. Die Nutznießer der freien Wirtschaft behaupteten stolz, es sei ihnen nunmehr möglich geworden, alle ihre früheren Arbeiter einzustellen und zu beschäftigen. Aber — es fiel ein Keil in der „Frühlingsschlacht“! Mitte März 1920 begann ein Rückgang der Häute- und Lederpreise. Sofort war die Folge, daß die Lederfabrikanten ihre Betriebe einschränkten und die Arbeiter auf die Straße setzten. Die Arbeiter belamen nun Gelegenheit, den „Segen“ der freien Wirtschaft im wahren Sinne des Wortes am eigenen Leibe zu spüren. Im Sommer d. J. begannen sich wieder Anzeichen für eine starke Erhöhung der Preise in Häuten und Leder geltend zu machen. Da einseitige Volkswirte bei einem Rückgang der Preise ähnliche Auswirkungen auf die Beschäftigung der Arbeitererschaft wie im Frühjahr 1920 befürchteten, beschloß der Reichswirtschaftsrat, die Preise prüfen zu lassen, ob sich zur Niedrighaltung und Stabilisierung der Preise ein Kartellmonopol durchführen läßt.

Wie wichtig die Vermeidung der großen Schwankungen in den Häutepreisen im Hinblick auf die Beschäftigung der Arbeiter ist, zeigen wieder die neuesten Vorgänge. Seit einiger Zeit geben nämlich auf den Auktionen die Preise für Häute jurist. Prompt suchten auch die Kapitalisten das Risiko von sich abzumwälzen und begannen wieder damit, die Arbeiter auf die Straße zu setzen. So meldet die „Industrie- und Handels-Zeitung“ vom 15. Dezember d. J. aus dem Schuhfabrikanten-Virmaasens:

„In der Virmaasener Schuhindustrie sind in der letzten Zeit einige Betriebs Einschränkungen und Arbeiterentlassungen erfolgt. In einzelnen Betrieben wurde die Arbeitszeit von 47 auf 36 und 24 Stunden in der Woche verringert. Einige kleinere Betriebe wurden stillgelegt.“

Auch die Virmaasener Zeitung meldet, daß bereits eine Anzahl Schuhfabriken zu Betriebs Einschränkungen und Arbeiterentlassungen geschritten sind.

Nachmaßnahmen zur Sicherung der Frühjahrsbestellung

Angesichts der vollständigen Missernte, die gerade einige der getreidereichsten Gouvernements des europäischen Rußlands heimgeleitet hat, bemühen sich die Wirtschaftsorgane der Sowjetrepublik, den notwendigen Saatvorrat sicherzustellen. Als vorbildlich wird dabei die Tätigkeit der Behörden bei der Winterroggenauskunft im Gouvernement Kurland bezeichnet, die in Nr. 246 der „Roslauer „Iswestija““ folgenbermaßen geschildert wird: Da 70 bis 90 Prozent der Roggenernte verlorengegangen war, mußte das Saatgetreide durch äußerste Maßnahmen vor dem Verbruch zu Nahrungswecken durch die Bauern bewahrt werden. Sämtliche Roggenvorräte wurden als staatliche Saatfonds erklärt, das Vermögen unterlag, die Mähten verriegelt. Um die Befähigung tatsächlich durchzuführen, wurden „außerordentliche“ Kommissionen gebildet. Die Bauern verbleiben sich diesen Maßnahmen gegenüber feindlich. Es wurden von den Feinden der Sowjet-Regierung Gerüchte in Umlauf gesetzt, daß die Kommissionen den Roggen in Beschlag nehmen, um ihn nach England auszuführen, daß die Kommissionen das Volk verhungern lassen wollen usw. Es sind auch Fälle von Widerstand von Seiten der Sowjetorgane vorgekommen, die in einigen Kreisen die Mähten wieder in Betrieb setzen ließen. Durch das scharfe Vorgehen der Sowjet-Regierung sei es, schließt das Blatt, dennoch gelungen, einen erheblichen Teil der notwendigen Winterfaat in den Boden zu bringen.

Der lästige Erntesegen

Die hohen Getreidepreise im vorigen Jahre hatten die amerikanischen Farmer veranlaßt, ihre Anbaufläche zu erhöhen, das Wetter tat das Seine dazu und so wurde Amerika in diesem Jahr mit einer Rekord-ernte beglückt. Nach der amtlichen Statistik wurden in den Vereinigten Staaten geerntet: 581 (im Vorjahr 732) Millionen Bushels Winterweizen, 509 (209) Mill. Bushels Frühjahrweizen, 3332 (2917) Mill. Bushels Mais, 1534 (1248) Mill. Bushels Hafer, 202 (166) Mill. Bushels Gerste und 65 (88) Mill. Bushels Roggen.

Aber in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verwandelt sich der Segen in Fluch. Europa hungert, aber es kann infolge seiner Verelendung, die im tiefen Valutastand zum Ausdruck kommt, das Getreide Amerikas, des valutafähigsten Landes, nicht kaufen. Die Unterfunktion Europas bedeutet für Amerika Überproduktion. Daher fallen die Getreidepreise in Amerika rapid, so belagen von 241 am 15. September auf 170, Mais von 133 auf 71. Aber die Farmer weigern sich, zu diesen niedrigen Preisen zu verkaufen; daher können sie ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen, die Banken, die mit ihnen in geschäftlicher Verbindung stehen, geraten in Schwierigkeiten. So mußten kürzlich im Staate Norddakota 22 Staatsbanken und eine nationale Bank schließen, in Oklahoma haben sieben Banken die Zahlungen eingestellt. — Aber Europa hungert weiter.

Dem Beispiel der amerikanischen Baumwollpflanzer sind jetzt die ägyptischen gefolgt. Im englischen Unterhaus erklärte der Regierungvertreter Harmsworth, die Anbaufläche für Baumwolle in Ägypten sei auf die Hälfte verringert worden. — Die Kapitalisten sorgen schon dafür, daß die Bekleidungsnot der breiten Massen nicht zu rasch aufhöre!

Verringerung der englischen Kohlenausfuhr

Der Unterstaatssekretär im Ministerium für Bergbau, Brückenbau, Straße im Unterhaus, hat die Nachfrage nach englischer Kohle auf den ausländischen Märkten fürher nachgefallen habe, besonders in Frankreich und den skandinavischen Ländern, wo sehr bedeutende Vorräte nichtenglischer Exportkohle aufgehäuft seien. Der Preis der Exportkohle sei daher gesunken.

Kommunistische Bilderstürmer

Aus Gotha wird geschrieben: Einen böswilligen, dabei dummen Streich leistete sich die kommunistische Mehrheit des Gothaer Gewerkschaftskartells. Auf Antrag des Kartelloorstandes wurde beschlossen, das im Volkshaus hängende Bild unseres hochverdienten Genossen W. Bod zu entfernen, da aus den Kreisen der kommunistischen Parteigenossen deswegen Beschwerden erhoben worden seien.

Damit haben die Kommunisten eine „Tat“ vollbracht, wodurch sie ihre Gefinnung und ihren Charakter vor aller Öffentlichkeit dokumentieren. Der Kartelloorstand, der „Kommunist“ Polenz, sollte sich besonders energisch für den Antrag ein, daß man das Bild eines „Verräters“ nicht länger im Volkshaus dulden dürfe.

Unser Genosse W. Bod ein Verräter?

Worin besteht dieser Verrat, ihr Helden von der B. K. P. D.?

Etwa darin, daß unser Genosse Bod seit über fünfzig Jahren in selbstloser und aufopfernder Weise in der sozialistischen Bewegung in vorderster Reihe gekämpft hat?

Genosse Bod ein Verräter, dessen Verdienste in der deutschen Partei jedem bekannt sind, der mit der Geschichte der Sozialdemokratie vertraut ist?

Der Mann ein Verräter, der unter dem Sozialistengesetz freudig alles aufs Spiel setzte, der in diesen furchtbaren Jahren unerschrocken das Banner der Sozialdemokratie vorantrug, als noch Mut dazu gehörte, den von allen Seiten andringenden feindlichen Mächten zu trotzen?

Genosse Bod ein Verräter, den das Vertrauen der Gothaer werktätigen Bevölkerung seit 1883 ununterbrochen in den Reichstag entsandte?

Und diesen „Verräter“ haben die Gothaer Arbeiter der damals noch nicht durch die unseligen 21 Moskauer Bedingungen gespaltenen U. S. P. D. auf ihrem Landesparlament vor wenigen Monaten noch einstimmig zum Reichstagskandidaten aufgestellt und dann mit überwältigender Mehrheit gewählt! Ihr Gothaer Arbeiter, die man durch eine böswillige Verleumdung, durch eine Flut von Verleumdungen mit Entstellungen geheißt hat, erkennt ihr immer noch nicht den schmählichen Betrug? Seht Euch doch die traurigen Helden an, die es wagen, einem so verdienten Mann, wie den Genossen Bod zu verleumden! Wo waren die „Kommunisten“ Polenz und Müller während des Weltkrieges, durch welche Taten haben sie ihre Treue und Hingabe für die Sache der Arbeiter bewiesen?

Auf die eigene Kraft gestellt!

Es ist kein schlechtes Zeichen für die Bedeutung und für die Stärke der Unabhängigen Sozialdemokratie, daß sie sich der heftigsten Gegnerschaft ebenso von links wie von rechts zu erwehren hat. So kurz die Geschichte unserer Partei auch ist, so ist sie doch eine Geschichte ununterbrochenen Kampfes und ununterbrochenen Wachstums. Was uns das Vertrauen der breiten Massen des revolutionären Proletariats eingetragen hat, das war unser unbedingtes Festhalten an den sozialistischen Grundfähen, unser unerbittliches Verharren auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes.

Ein weiteres hervorragendes Merkmal der Entwicklung unserer Partei ist ihre feste Verwurzelung mit den proletarischen Massen, deren Selbsttätigkeit Grundlage und Ziel unserer Arbeit ist. Diese Selbsttätigkeit der Massen hat die Unabhängige Sozialdemokratie aus einer kleinen Gruppe in wenigen Jahren zur stärksten Partei des deutschen Proletariats gemacht. Sie wird auch die Scharte auszuweihen vermögen, die ihr durch die frivol heraufbeschworene Spaltung zugefügt worden ist.

Nirgends ist energischer Mitarbeit der Massen der Parteigenossen augenblicklich so sehr notwendig, wie auf dem Gebiete der Verbreitung unserer Presse. Unsere Zeitungen sind in der gegenwärtigen Situation unsere schärfsten Waffen. Ihnen die weiteste Verbreitung zu verschaffen, ist im Hinblick auf die immer frecher auftretende Reaktion und auf die bevorstehenden Preußenwahlen ein Selbsthaltungspflicht des revolutionären Proletariats.

Bei dieser Arbeit sind wir unabhängige Sozialdemokraten ganz auf unsere eigene Kraft gestellt. Uns scheint weder die Sonne der behördlichen Gunst, wie der bürgerlichen und der rechtssozialistischen Presse, noch stehen uns die reichen Geldmittel zur Verfügung, die den kommunistischen Organen von der Sowjetregierung zufließen. Unser Standpunkt ist unveränderlich der, daß eine Bewegung nur dann wurzelfest und siegesicher ist, wenn sie sich aus eigener Kraft, gestützt auf die Ueberzeugungstreue und den Opfermut jedes einzelnen Genossen durchzusetzen vermag.

Diese wahrhaft proletarischen Tugenden haben sich bisher glänzend bewährt. Sie müssen sich auch ferner bewähren. In der Werbearbeit für unsere Organisationen, in der Agitation für unsere Presse hat insbesondere das Berliner Proletariat zu beweisen, daß es in seiner Masse den Weg sozialistischer Erkenntnis auch künftig gehen wird, der ebenjowenig in den reformistischen Sumpf von rechts wie in die putschistische Verwirrung von links führt.

Gerade in dieser Zeit, in der die körperliche und geistige Verfassung der Arbeiterklasse die schwersten Belastungsproben auszuhalten hat, muß das revolutionäre Proletariat Berlins so treu wie nur je zu seinem Blatte, der „Freiheit“, stehen. Es genügt aber nicht, das Ertragnis festzuhalten, es muß weiter gebaut werden, bis wir unser Ziel, die Verwirklichung des Sozialismus, erreicht haben.

So haben wir die Gewißheit, daß auch der bevorstehende Quartalswechsel von unseren Parteigenossen zum Anlaß genommen wird, ihrem Blatte, der „Freiheit“, eine große Zahl neuer Leser zuzuführen. Und jeder Leser ein Kämpfer! In der Fabrik, in der Werkstatt, bei der Erholung, überall, wo Proletarier zusammenkommen, müssen unsere Parteigenossen für ihr Blatt, die „Freiheit“, werben.

Die weitere Ausgestaltung der „Freiheit“ wird die Möglichkeit bieten, manchen Wunsch zu erfüllen, der bisher nicht befriedigt werden konnte. Eine Reihe von Mitarbeitern ist neu gewonnen worden, um den politischen Teil des Blattes nicht nur sozialistisch unterrichtend, sondern auch allgemein politisch aufklärend zu bereichern. Dem künstlerischen und unterhaltenden Teil des Blattes wird künftig besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden. Die „Freie Welt“, die vom 1. Januar ab allwöchentlich der

„Freiheit“ beiliegen wird, soll eine besondere Gabe für die Leser bilden.

Und nun frisch ans Werk! Verlaßt Euch nicht auf Hilfe von außen, achtet nicht der Widerstände, überwindet sie durch die volle Entfaltung Eurer eigenen Kraft und Eures freien Willens. Zeigt, daß die Unabhängige Sozialdemokratie das bleiben will, was sie durch ihre bisherige Arbeit geworden ist: die stärkste Partei des revolutionären Proletariats!

Ueberflüssige Menschen

Von Artur Crispian

II.

In der Frage der Ueberschichtung stoßen wir auch in Arbeiterkreisen — nicht nur in bürgerlichen — immer noch auf die Thesen von Malthus. Soll die Frage der Ueberschichtung richtig beantwortet werden und wollen wir eine klare Stellung zu ihr, und damit zur sozialen Frage im allgemeinen, gewinnen, so müssen wir uns zuvor über ihre Ursachen und über ihr Wesen unterrichten.

Nach dem englischen Nationalökonom Thomas Robert Malthus (1766—1834) vermehren sich die Menschen rascher, als die Lebensmittel zunehmen. Sind zu einer bestimmten Zeit mehr Menschen als Lebensmittel vorhanden, dann tritt eine Epoche des Mangels und des Elends ein mit Geburtenrückgang und erhöhter Sterblichkeit. Die Zahl der Menschen nimmt ab. Die Menge der auf den einzelnen Menschen entfallenden Lebensmittel wird infolgedessen ständig größer. Die Menschen atmen auf und leben wieder besser. Die Geburtenziffer steigt, die Sterblichkeit nimmt ab. Wir haben eine Epoche des Wohllebens, bis dann wieder zu viel Menschen vorhanden sind und eine neue Epoche der Verelendung folgt. Ein fortwährendes Auf und Ab nach einem ewigen Naturgesetz. Der Glaube an dieses Naturgesetz äußert sich immer wieder in allerlei politischen und sozialen Maßnahmen.

Im Mittelalter war Europa gut bevölkert. Dann kamen harte Zeiten. In Spanien nach der Zeit der Araber. In Ostien durch Mongolen und Türken. In Deutschland durch den 30jährigen Krieg, der hier die Bevölkerung um 50 Prozent verminderte, von 25 Millionen im Jahre 1618 auf 12 Millionen im Jahre 1648. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts machten Landwirtschaft, Handel und Industrie bedeutende Fortschritte. Die Entwicklung war vor allem in England günstig. In den einzelnen Ländern bildeten sich industrielle Zentren. Das Kapital verlangte nach Händen. Der Merkantilismus erreichte seinen Höhepunkt. Die Merkantilisten nahmen an, daß der Reichtum eines Landes auf den Besitz von Geld beruhe. Darum Bau und Ausbeutung von Gold- und Silberbergwerken, Vermehrung der produzierenden Kräfte und Förderung des Handels und der inländischen Produktion. Man bemühte sich, die Zahl der heimischen Arbeiter durch Zuführung ausländischer Arbeiter zu vermehren und zu gleicher Zeit Rück- und Auswanderungen vorzubeugen. Das Geld sollte im Lande bleiben. Durch Begünstigungen von Verheirateten wurden die Menschen zum Schließen von Ehen ermuntert. Das Zeugen von Kindern durch Prämien auf Kinderreichtum angeregt. So waren die führenden Bourgeois bestrebt, für Vorkarbeiter zu sorgen und der Mehrung der Bevölkerung Vorschub zu leisten.

In dieser Gesinnung trat in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein Umschwung ein. Das rasche Wachsen der Bevölkerung, besonders in den Städten und Industriezentren, die ständige Vermehrung der Arbeitermassen erfüllte die besitzenden Klassen mit Furcht und Unbehagen und mit Sorgen vor einer Ueberschichtung. Das war die Zeit, in der die Malthus-Theorie Geltung bekam.

Von dieser Theorie ausgehend, versuchten Weltverbesserer durch Anpassungen an das von Malthus aufgestellte eherne

Naturgesetz das gesellschaftliche Leben der Menschen zu regulieren. Es kam den Menschenfreunden darauf an, das angemessene Mithverhältnis zwischen der Zahl der Bevölkerung und der Masse der Lebensmittel durch eine ausgeglichene Bevölkerungspolitik zu beseitigen. Sie weiterten aus rassenhygienischen Gründen gegen eine falsche und schädliche Armenpflege, die nur unselbständige und krankhafte Individuen künstlich erhalte und einer übermäßigen Vermehrung der Menschen Vorschub leistete. Die Freiheit der Niederlassung wurde beschränkt, das Schließen von Ehen erschwert. Das war das Extrem gegenüber den Bestrebungen jener Bevölkerungstheoretiker des Merkantilsystems bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts, für die Mehrung der Bevölkerung zu sorgen. Jetzt bemühte man sich um ihre Verminderung. Ähnlich wie heute.

Die Malthus-Theorie wurde für bürgerliche Nationalökonomien zur Grundlage des vielsenannten und vielumstrittenen ehernen Lohngesetzes. Aber nicht nur bürgerliche Nationalökonomien, auch Marx und Engels sprachen von einem ehernen Lohngesetz, Laßalle übrigens ebenfalls.

Im kommunistischen Manifest heißt es darüber:

„Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper und des Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum.“

Vassalle führte in seinem Offenen Antwortschreiben aus:

„Das eherne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. . . Der Arbeitslohn kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben — denn sonst entstände durch die leichtere, bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeitererehen und der Arbeitersorptionsplanung, eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung. . . Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen notwendigen Lebensunterhalt fallen, denn dann entstehen — Auswanderungen, Ehelosigkeit, Enthaltung von der Kinderzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl.“

Marx und Engels und Vassalle liehen allerdings nicht, wie bürgerliche Nationalökonomien, ewige Naturgesetze gelten, die sie dann ohne weiteres auf die Gestaltung der sozialen Verhältnisse der Menschen zueinander übertrugen, sie formulierten ihre Verelendungstheorie als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse der Menschen zueinander, bestimmt durch das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln.

Später hat Marx das eherne Lohngesetz überhaupt preisgegeben und im ersten Band des Kapitals das elastische Lohngesetz der kapitalistischen Gesellschaft nachgewiesen:

„Das Gesetz, das die industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation im Gleichgewicht hält, schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital als den Prometheus die Fesseln des Hephästos an den Felsen. Es bedingt eine die Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, das heißt auf der Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.“

Hier deckt Marx auf, daß nicht die Bewegung der Bevölkerung, sondern die Bewegung des Kapitals bestimmend ist für die Bewegung des Lohnes. Darüber hinaus führt Marx den Nachweis, daß auch die Bewegung der Bevölkerung nicht von Naturgesetzen bestimmt wird, sondern daß bei den Menschen für jede gesellschaftliche Epoche jeweils ein bestimmtes Bevölkerungsgesetz wirksam ist. Jede Epoche der Menschheitsgeschichte hat ihr besonderes Bevölkerungsgesetz, das abhängig ist von den Arbeitsverhältnissen der

Ismer

Erzählung von Julius Levin

(Fortsetzung)

Den Tag darauf bekam seine Kompanie plötzlich den Befehl, nach dem eigentlichen Kriegsschauplatz abzurücken.

Ismer war froh, seiner Untätigkeit enttrissen zu werden, die zu weiter nichts diente, als ihm traurige Gedanken zu geben.

Mit großer Freudigkeit beteiligte er sich an dem Gesänge der Kameraden, die jetzt schon wußten, was es heißt, im Kriege zu stehen.

Als Ismer beim Truppenteile ankam, öffnete sich ihm ein neuer Ausblick. Da war er, der kleine Teil des großen Ganzen, das er in seiner Gewalt noch nicht gesehen, sondern nur geahnt hatte. Jetzt wollte er sich austraffen.

Was waren das auch für unselbige Gedanken gewesen, die er da gehabt hatte, als er ausrückte! Fallen, sicherlich fallen! Das war ihm als das unentrinnbare Los erschienen.

Aber das war ja alles nur von Emilie und dem Frihen hergekommen. Jetzt lag die Sache anders, ganz anders.

Emilie hatte geschrieben, und so geschrieben, daß gar kein Zweifel an ihrer Liebe sein konnte. Jetzt gab es da zu Hause, in „Preußisch-Berlin“, jemanden, der an ihn dachte, der auf ihn wartete, der an ihn schrieb, und dieser Jemand der war nicht nur ein Jemand so schlechtthin, so ein fremder was nicht nur so für die Kriegszeit zugefunden hatte, Jemand, der sich nur so für die Kriegszeit zugefunden hatte, sondern es war seine Frau, seine gute, vortreffliche Frau, die noch überdies so hübsch war, daß es ihm mit Gewalt ans Herz kam, sie bei sich haben zu wollen, und wenn es auch nur für eine einzige kurze Nacht war, zwischen Zapfenstreich und Morgenrot, die im Sommer so schnell aufeinander folgen.

So wohl, wie bei diesem Gedanken, war Ismer schon lange nicht gewesen. Er hatte doch eigentlich allen Grund, sehr glücklich zu sein, und da er es jetzt war, fehlte es ihm an Beweislustigkeit, um nicht daran zu glauben, daß er es eigentlich immer gewesen war, und daß nur seine verelendete Natur ihn verhindert hatte, es ganz einzusehen. Er suchte Natur ihn verhindert hatte, es ganz einzusehen. Er hatte da sehr viel verjäumt. So viele Nächte, wie er sie sich vielleicht, wenn er nicht in seiner Verelendung sich selbst darum gebracht hätte.

Aber das war nun einmal so. „Mit Gewalt läßt sich der Bulle nicht melken“, pflegte der lange Emil zu sagen, der, wie es hieß, bereits schwer verwundet war und, wie Ismer glaubte, womöglich schon nach Berlin abtransportiert war von wegen Operation usw.

Ismer glaubte sich vorwerfen zu müssen, für die Richtigkeit des Emilischen Satzes einen neuen Beweis erbracht zu haben.

Aber er nahm sich wiederum vor, sich zu ändern.

Wenn schon Emilie sich etwas vorzuwerfen gehabt hätte, was bei seiner angeborenen Niedertracht, an der ja die Eltern vor allem schuld waren, begreiflich gewesen war, so wollte er doch jetzt, wenn möglich, alles daran setzen, seine Frau so zu behandeln, daß sie schon der böseste Kader von der Welt sein mußte, um ihm auch nur in Gedanken untreu zu werden.

Um aber das zu können, durfte er durchaus nicht fallen.

Nein, er mußte jetzt leben! Leben um jeden Preis!

Gewiß durfte er seine Pflicht nicht verjäumen! Und das wollte er auch nicht. Er war Soldat, zum Donnerwetter auch!

Die Belgier oder die Franzosen, oder die Engländer, die Juaven, die Ghurkas sollten nur kommen! Einzelnen oder alle zusammen!

Aber er wollte alle Dedungen suchen, wie es übrigens auch Vorschrift war. Das bloße Draufgehen macht es nicht. Das hatte er schon an den Belgiern gesehen, die so furchtbar hinweggefegt worden waren, daß es ihm selbst zuweilen leid tat.

Das er sehr bald ins Gefecht kommen würde, war Ismer klar. Es empfahl sich daher doppelt, die Grundsätze festzulegen. Davon abzuweichen, würde sich noch genügend Gelegenheit bieten. Das wußte er wohl.

Uebrigens könnte es jetzt kommen, wie es wollte! Denn er hatte ja Emilie so gut geantwortet, daß es auf sie gewiß einen bleibenden Eindruck machen würde. Einen Eindruck, der auch vorhalten müßte, wenn der Tod das Band trennte, das sich jetzt wieder geknüpft hatte, das Ismer aber unauslöschlich zu machen entschlossen war, wenn das Geschick ihm das Leben schenkte.

Und da er jetzt wieder recht an das Leben dachte, erschien es ihm fast selbstverständlich, daß es ihm erhalten bleiben würde.

Und als er beim Truppenteile angelangt, zum erstenmal auf Wache zog, freute er sich schon darauf, singen zu können: „Steh ich in finsterner Mitternacht ganz einsam auf der stillen Nacht, dann denk ich an mein fernes Lieb, ob mir's auch treu und hold verbleib.“

Als er abgelöst war, legte er sich schlafen, und als er erwachte, brachte man ihm eine Karte von Marie, die ihm mitteilte, daß der Frihe auch ausgerückt war.

Run war alles gut.

Ismer lag im Schützengraben, ohne recht zu wissen, wozu? Denn der Feind, der mit der vorigen Mannschaft oft und scharf angebunden hatte, verhielt sich mit einem Male ganz ruhig, und die drei Tage, die Ismer außerhalb des Quartiers lag, vergingen ihm allzu langsam. Ja, sie wären unerträglich gewesen, hätte er sich nicht an den Gedanken erfreuen können, daß Emilie nun aus allen Jährlichkeiten war und sein Verhältnis zu ihr auch.

Während er an der Böschung lag und aufpaßte, ob nicht ein Franzose frech genug war, den Kopf zu erheben, oder ob nicht mehrere wagen wollten, aus dem Graben herauszukommen, mußte er sich zusammennehmen, um nicht zerstreut zu werden. Wenn Emilie ihn so sehen könnte!

Das hätte ihr riesig imponiert.

Da wäre sie einmal dahinter gekommen, was für einen Mann sie eigentlich hatte.

Nur durchhalten, wie der neue Leutnant sagte, durchhalten!

An ihm sollte es nicht liegen, an ihm, Ismer!

Die Sache wollten sie schon klein kriegen, er und die Kameraden, unter denen sich gewiß viel brave Leute befanden; denn wenn es lauter alte gewesen wären, so hätte Ismer für sie sofort die Hand ins Feuer gesteckt. Aber es waren eben neue hinzugekommen. . . Ansehen mußte man sie sich doch wenigstens. . .

Es kam noch vor Abend zu einem kurzen Schießen ins Blaue. Etwas Wirkliches unternehmen wollte der Feind offenbar gar nicht einmal. Es schien, daß es ihm in den Händen kribbelte. Der Franzos war „nerds“, wie der Herr Unteroffizier sich ausdrückte. Ismer und seine Kameraden schossen auch und lachten, wenn die Kugeln in die Böschung schlugen.

Wühlisch hörte Ismer eine Stimme, die rief: „Uffs Jahn jieht det Bohnensalat ohne Essig und O-el.“

Es war die Stimme des langen Emil.

Er war also nicht verwundet nach Berlin verschleppt und operiert.

Was doch nicht alles geredet wurde. . .

Inzwischen dunkelte es tiefer und tiefer, und die ersten Sterne gingen auf, während noch in der Richtung des Feindes das letzte Rot von der untergehenden Sonne her den Himmel verfärbte. Es mußte bald der Augenblick kommen, wo die Ablösung aus den Quartieren heranzog, und Ismer selbst mit seinen Kameraden auf drei Tage Ruhe abräumen konnte.

(Fortsetzung folgt.)

